

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Hertelshel 3.00 Mk. monatlich 1.00 Mk.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgehaltene Spalten-
zeile oder deren Raum 60 Wg. für
politische und gesellschaftliche Berichts-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Wg.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 18. Juni 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97

Hilfe den Kriegsbeschädigten!

Starker Artilleriekampf in Flandern
und im Artois. - Englische Vorstöße bei
Warneton, Monchy und Croisilles. -
Deutscher Vorstoß bei Hurtebise. - Zu-
nehmende Gefechtsstätigkeit in Wolhynien
und Ostgalizien.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 17. Juni
1917. (W. T. W.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deeregruppe Kronprinz Rupprecht.
In Flandern war der Artilleriekampf abends südlich
von Ypern und nördlich von Armentières stark. Südwestlich
von Warneton stießen englische Abteilungen zweimal vor; sie
wurden zurückgeschlagen.

Vom Kanal von La Bassée bis zur Bahn Arras-Cambrai
herrschte rege Kampftätigkeit der Artillerien. Bei Monchy und
Croisilles setzten die Engländer ihre Vorstöße morgens und
abends fort. Während der Feind östlich von Monchy glatt abge-
wiesen wurde, drang er nordwestlich von Bullecourt vorüber-
gehend in unsere Gräben ein. In Gegenständen, bei denen wir
über 70 Gefangene einbrachten, wurde die Stellung zurück-
gewonnen.

Auch südwestlich von Cambrai sowie zwischen Somme und
Dise zeigte sich der Feind rühriger als in letzter Zeit.

Deeregruppe Deutscher Kronprinz.

An der Nieme-Front schwall das Feuer zeitweilig zu erheb-
licher Stärke an.

Am Chemin-des-Dames brachen abends Sturmtruppen eines
bayerischen Regiments in die französische Stellung nordwest-
lich des Gehöftes Hurtebise, erlitten sich den Besitz einer
Bergnahe und hielten sich gegen 3 starke Gegenangriffe. 25 fran-
zösische Jäger mit 4 Maschinengewehren wurden hier einge-
bracht.

In der Champagne war vielfach die Feuerstätigkeit rege.

Deeregruppe Herzog Albrecht.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtsstätigkeit westlich von Lutz, südlich von
Soczow und im Karpathen-Vorland nahm zu. Bei Orzegany
wurde ein russischer Erkundungsvorstoß zurückgewiesen.

Mazedonische Front.

In der Struma-Niederung räumten die Engländer mehrere
Ortschaften, nachdem sie von ihnen in Brand gesteckt worden
waren.

Der Erste Generalsquartiermeister,
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 17. Juni, abends.
Von keiner Front sind besondere Ereignisse ge-
meldet.

Der österreichische Bericht.

Wien, 17. Juni. Amtlich wird verkündet:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

An der ungarischen Ostgrenze stellenweise Patrouillen-
geplänkel. Bei Orzegany wurden russische Erkundungsabtei-
lungen zurückgewiesen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Oesterreichisch-ungarische Flugzeuggeschwader warfen im
Ostzischen auf die italienische Jagungsstelle Blosa mit Er-
folg Bomben ab. Sonst nichts von Belang.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Landarbeiter und Streikrecht.

In keiner volkswirtschaftlichen Erörterung in bürger-
lichen Kreisen fehlt der Satz, daß der deutschen Landwirtschaft
für die Gegenwart wie für die ganze Zukunft des Volkes eine
besondere Bedeutung und Lebenswichtigkeit zukommt. Die
nächstliegende Schlussfolgerung, die sich hieraus notwendig für
die Landarbeiterschaft ergibt, wird jedoch in allen
diesen Erörterungen nicht gezogen. Soll die höchste für unsere
Volkswirtschaft erforderliche Ertragsfähigkeit der landwirtschaft-
lichen Arbeit erzielt werden, so ist dieses Ergebnis in erster
Reihe davon abhängig, daß die rechtliche und wirtschaftliche
Stellung der Landarbeiterschaft ausgestaltet und verbessert
wird, um die Landarbeiter im allgemeinen arbeitsfreudiger
und mit ihrem Lose zufriedener zu machen.

Kein Teil des Arbeiterrechts ist mehr veraltet und rück-
ständig als das ländliche Arbeiterrecht. In keinem anderen
Rechtsgebiet drückt sich eine solche Geringschätzung der Persön-
lichkeit des Arbeiters, eine solche Vergewaltigung des im
Landarbeiter wie in jedem andern Menschen lebenden Willens
aus.

Abgesehen von den teilweise Jahrhunderte alten Gesinde-
ordnungen Deutschlands ist vor allem die Beseitigung des
preussischen Gesetzes vom 24. April 1854 betreffend die Ver-
lethungen der Dienstpflichtigen des Gesindes
und der ländlichen Arbeiter ein dringendes Gebot
der Zeit. Das Gesetz bestraft Ungehorsam und Widerpen-
stigkeit gegen Befehle der Herrschaft und der Aufsichtspersonen
und Verlassen des Dienstes ohne gesetzlichen Grund mit
Geldstrafe oder Haft (§§ 1 und 2) und diejenigen Landarbeiter,
die die Arbeitgeber zu Zuständigkeiten dadurch zu be-
stimmen suchen, daß sie die Einstellung oder die Verhinderung
der Arbeit verabreden oder andere von solcher Verabredung
auffordern, mit Gefängnis bis zu 1 Jahr. Die brutale Härte,
mit der das Gesetz in § 1 den Arbeiter wegen Verlassens des
Dienstes bestraft, den Arbeitgeber jedoch im gleichen Falle bei
grundloser Entlassung des Arbeiters straflos läßt, beweist
die Absicht des Gesetzes, die Landarbeiter durch Strafandro-
hungen unter die Botmäßigkeit der Arbeitgeber zu zwin-
gen, damit sie sich allen vom Grundbesitzer diktierten, ihnen
aufgezwungenen Befehlen und Arbeitsbestimmungen gefügig
zeigen. Das Reichsvereinsgesetz hat in § 24 Abs. 3 diese Vor-
schriften des Landesrechts ausdrücklich aufrecht erhalten.

Wie war nun das Ergebnis dieser Sorglosigkeit der
Landarbeiter und des von Strafandrohungen eingeengten
Arbeitsverhältnisses? Eine von Jahrzehnt zu Jahrzehnt
wachsende Spannung in den ländlichen Lohnverhältnissen,
dauernde, an Zahl zunehmende Streitig-
keiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und Be-
strafungen und Schikanen durch Gendarm, Amtsvorsteher und
Gericht, denen sich die zum Bewußtsein ihrer Persönlichkeit er-
wachten Landarbeiter zuerst durch Auswanderung und in den
letzten Jahrzehnten meist durch Abwanderung in die Städte
entzogen, wo sie unter freieren Rechtsverhältnissen lebten und
im Zusammenschluß mit ihren Arbeitskollegen in den Ge-
werkschaften ihr Arbeitsverhältnis zu verbessern in der Lage
waren.

Wegen der Landflucht der Arbeiter verlangen deshalb
nicht nur die Interessen der Landarbeiterschaft, sondern in
gleicher Weise die volkswirtschaftlichen Interessen ein den
modernen Verhältnissen angepasstes Arbeiterrecht auf dem Lande.
Dazu gehört in erster Reihe die Beseitigung jenes Ausnahme-
gesetzes von 1854, damit es den Landarbeitern möglich ist,
durch ungehinderte Koalition ihre Arbeitsverträge
günstiger zu gestalten. Das Gesetz muß um so mehr
fallen, als bestimmt erwartet werden kann, daß die Land-
arbeitermassen aus dem Kriege mit einem Selbstbewußtsein
zurückkehren werden, das durch langen gefahr- und opfervollen
Dienst für Staat und Gesellschaft mit Recht erheblich gesteigert
ist. Dazu hat das enge Zusammenleben im Felde mit
Kameraden aus der städtischen Arbeiterschaft ihren Gesichtskreis
erweitert. So werden sie einen für das Unrecht in ihren
Arbeitsverhältnissen geschärften Blick heimbringen und das
Gefühl der Kameradschaft, das mancher Landarbeiter erst als
Soldat kennen lernte, in das Arbeitsleben übertragen. Ein
großer Irrtum ist es daher zu glauben, daß in den Rechts-
verhältnissen der Landarbeiter alles beim alten bleiben kann.

Das preussische Gesetz von 1854 verbietet nicht schlechthin
den Zusammenschluß der Landarbeiter in gewerkschaftlichen
Organisationen, und es hat die Ausbreitung des Land-
arbeiterverbandes, der bei Kriegsbeginn mehr als
20 000 Land- und Forstarbeiter umfaßte, nicht verhindert.
Jede Nummer des Verbandsblattes und jeder Jahresbericht
des Verbandes berichtet auch von erfolgreichen Lohnbewegun-
gen, durch die eine Erhöhung des Lohnes oder andere Vorteile
von den Mitgliedern hier und da erzielt werden. Aber die

Die Not der Kriegsbeschädigten.

Es soll gesammelt werden!

Wolffs Telegrammen-Bureau verbreitet folgende Zuschrift
des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge:

Eine lehrreiche Statistik ist kürzlich in der Rhein-
provinz aufgenommen worden, nämlich über die Höhe der
Rentenbeträge bei den völlig erwerbsunfähigen
Kriegsbeschädigten mit Familie. Das Ergebnis war,
daß auf jede Familie eines Kriegsbeschädigten ein
Monatsbetrag von 67,80 Mark
und auf jedes Familienmitglied ein Monatsbetrag von
15,70 Mark entfiel.

Daß bei diesen Beträgen heute und auch wohl nach dem
Kriege in vielen Familien von Kriegsbeschädigten, wenn sie
keine anderen Einkommensquellen haben,

bittere Not

herrschen muß, ist selbstverständlich. Hier muß zunächst eine
Erhöhung der Rente stattfinden. Wann und in
welchem Umfange diese erfolgen kann, steht aber noch
in keiner Weise fest, und auch wenn sie erfolgt, werden stets
noch große Härten des Einzelsalles zu lindern übrig bleiben.
Hier gilt es für das ganze Volk eine Dankes-
schuld abzutragen. Es ist deshalb sehr zu begrüßen,
daß demnächst - in ähnlicher Weise - wird für die Hinter-
bliebenen durch die Nationalstiftung - auch für die Familien
der Kriegsbeschädigten durch eine allgemeine Sam-
lung Abhilfe geschaffen werden soll.

Nein, es ist durchaus nicht zu begrüßen, daß für die
Kriegsbeschädigten gesammelt werden soll! Das ist doch
nur ein Notbehelf der Verzweiflung, und daß der notwendig
geworden ist, das ist niederdrückend und beschämend!

Zu begrüßen wäre es, wenn der Reichstag, der An-
fang Juli zusammentritt, binnen einer Stunde in erster,
zweiter und dritter Lesung dasjenige bereitstellen würde, das
notwendig ist, um die völlig erwerbsunfähigen Kriegskrüppel
und Kriegsblinden vor der "bitteren Not" zu bewahren.

Zu begrüßen wäre es, wenn die Kriegsbeschädigten
selbst nicht ihr Recht auf den "Dank" des Vaterlandes,
sondern ihren Gläubigeranspruch an die Allgemeinheit
so nachdrücklich geltend machen würden, daß dieser An-
spruch anerkannt werden muß.

Daß aber am Ende des dritten Kriegsjahres - nachdem
man also Zeit genug gehabt hat, eine anständige finanzielle
Regelung auf dem Wege der Gesetzgebung vorzunehmen -

für die Kriegsbeschädigten gesammelt werden muß, ist eine
Tatsache, die man nur mit den allerbittersten Ge-
fühlen "begrüßen" kann!

Stockholm.

Schwedisches Urteil über die deutsche
Denkschrift.

Stockholm, 17. Juni. In der Friedenserklärung der deutschen
sozialdemokratischen Wehrheit in Stockholm bemerkt "Alle-
banda": Dieses Programm ist ein Aktenschild von hohem poli-
tischem Rang, gemäht und staatsklug zugleich. Zweifel-
los wird es Aufmerksamkeit erwecken und die Erörterung
über den Frieden stark in Bewegung bringen,
falls die Ententevölker es lesen dürfen, was wohl keine Kriegszensur
verhindern kann. Am allerwenigsten kann die Erklärung mit über-
legenem Hohn oder mit dem Gerabe von deutscher Furcht abgefertigt
werden, denn von Furcht vor der Fortsetzung des Krieges bis zur
Erreichung eines annehmbaren Friedens merkt
man keine Spur. In den Hauptstädten dürften die neutralen Völker
zufrieden sein, wenn der Friede in Europa auf dieser Grundlage
errichtet werden kann. Die Worte des Programms über das Selbst-
bestimmungsrecht der Völker, die sich durch die Kriegereignisse von
fremder Oberhoheit befreit sehen, müssen den kleinen neutralen
Völkern besonders zusagen, ebenso wie die Erinnerung an die Not-
wendigkeit entsprechender Autonomie für diejenigen Nationalitäten,
die wie die Irländer und Nordschleswig-Holsteiner usw.
vom Frieden keine Verringerung ihrer staatsrechtlichen Stellung er-
warten können. Auf jeden Fall dürfte dieses Aktenschild von den
Völkern der Entente nicht als bedeutungslos abgefertigt
werden können.

Amerikaner unterwegs.

Stockholm, 16. Juni. (Wg. Drahtber. d. "Borto.") Das gestrige
Beisammensein der deutschen Delegation mit dem holländisch-land-
nawischen Komitee und Viktor Adler verlief nicht nur sehr befriedi-
gend, sondern auch sehr wertvoll für weitere Verständigungsarbeit.
Hilquit, der Führer der "Socialist Party of America" legitimiert
telegraphisch den amerikanischen Genossen Goldsard als Vertreter
dieser Partei, dessen Ankunft er zugleich ankündigt.

Die russische Delegation.

Amsterdam, 17. Juni. Gudsman teilte dem Stockholmer
Korrespondenten des "Dandelsblad" gestern mittag mit, daß be-
reits in der folgenden Woche eine Abordnung des russi-
schen Arbeiter- und Soldatenrates in Stockholm erscheinen werde.

Lage der Landarbeiterchaft wird im ganzen und durchgreifend erst dann gehoben werden, wenn bei gleichzeitiger weiterer Ausbreitung der Organisation der Landarbeiter das Recht gegeben ist, sich durch Verabredung gemeinschaftlicher Arbeits-einstellung ohne Einhaltung der oft recht langen Kündigungs-frist vor der Ausdrückung ungünstiger Arbeitsverträge zu schützen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Wenn auch der Streik das letzte Mittel zur Bewilligung berechtigter Forderungen vom Arbeitgeber ist, nach dem vorher alle Mittel einer friedlichen Verständigung erschöpft sind, so ist doch sicher, daß der Arbeitgeber sich auf Verhandeln über Forderungen der Arbeiter mit ihnen oder der Organisation meist nur dann einläßt und ihnen Gehör gibt, wenn die Möglichkeit der gemeinsamen Arbeitseinstellung als äußerste Waffe im Lohnkampf dahintersteht. Aus diesem Grunde muß heute nachhaltiger als je um der Landarbeiterchaft willen wie auch im allgemeinen Interesse das Streikrecht für die Landarbeiter gefordert werden.

Die Erweiterung der Rechte der Landarbeiter ist auch eine Kriegszieleforderung, deren Notwendigkeit selbst denen klar ist, die einer Vermehrung der Arbeiterrechte mißtrauisch gegenüberstehen. Im Märzheft der Zeitschrift „Das neue Deutschland“ kommt dies in zwei Artikeln zum Ausdruck, besonders in einem Artikel von Professor Dr. Wagnerski. Gleichzeitig aber stellt letzterer das freie Koalitionsrecht und das Streikrecht des Landarbeiters als unvereinbar mit dem Staatsinteresse hin und tritt dadurch jedem wirklichen Fortschritt in der Entwicklung des Landarbeiterrechts entgegen. Zur Begründung dieses Standpunktes wird natürlich das Gespenst des Generalstreiks zur Zeit der Landbestellung oder der Ernte angemalt, durch den die ganze Ernte eines Jahres vernichtet würde. Das Streikrecht des Landarbeiters bedeutet deshalb „Die Umkehrung des wirtschaftlichen Kräfteverhältnisses; der wirtschaftlich Schwache ist dann der Unternehmer“. In diesem Zusammenhang erörtert der Verfasser eine Reihe von Tatsachen zum Beweise der Verschiedenartigkeit von Landwirtschaft und Industrie, und der Unmöglichkeit der Uebertragung des freien Koalitionsrechts auf das Land. Er übersieht jedoch dabei, daß durch eben diese Tatsache seine eigenen Schlussfolgerungen, die er aus der Gewährung des Streikrechts an die Landarbeiter zieht, widerlegt werden.

Von den 7 Millionen Landarbeitern der letzten Berufszählung entfällt die größere Hälfte, mehr als 3 1/2 Millionen, auf die in der Wirtschaft des Haushaltsvorstandes mitarbeitenden Familienangehörigen, das sind im wesentlichen die Söhne und Töchter der Bauern. Schon diese Tatsache kennzeichnet die Schreckbilder, mit denen die Gegner des Koalitionsrechts anrücken, sobald sie von der Möglichkeit eines Streiks der Landarbeiter sprechen, als unsinnige, wenn nicht gar absichtliche Fretführungen. Dazu kommt, daß die Hälfte der Arbeitskräfte, die nicht Familienangehörige sind, als Knechte oder Mägde zum Gesinde gehören, mit dem Arbeitgeber also die Hausgemeinschaft teilen und teils wegen des persönlichen engeren Zusammenlebens, teils auch wegen ihrer Jugend für die Koalition der Landarbeiterchaft, noch weniger aber für einen Streik zu gewinnen sind. Tagelöhner im eigentlichen Sinne, die für einen möglichen Streik der Landarbeiterchaft ernstlich in Betracht kommen, gibt es daher nach der letzten Berufszählung nicht viel mehr als 1 1/4 Millionen in der gesamten 7 Millionen zählenden Landarbeiterchaft. Nur mit Scheingründen läßt sich daher die Behauptung von der Unvereinbarkeit der landwirtschaftlichen Interessen mit dem freien Koalitionsrecht stützen. In Wirklichkeit gibt es keinen Grund, das Gesetz von 1854, das in der reaktionärsten Zeit entstand, als dem Volke die geringen Errungenschaften des Jahres 1848 wieder genommen wurden, länger aufrechtzuerhalten und dem Landarbeiter das Recht zu verweigern, das alle anderen Berufsstände und auch die Arbeiter der Industrie seit Jahrzehnten besitzen.

Auch der Hinweis auf die angeblich nachhaltigen schlimmen Wirkungen der Agrarstreiks in anderen Ländern, in Ungarn und Italien, besagt nichts gegenüber der Tatsache, daß in den süddeutschen Staaten ein dem preussischen

Gesetz von 1854 ähnliches Gesetz für die Landarbeiter nicht besteht, und daß auch in den nach 1854 von Preußen erworbenen Provinzen Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau und Hannover dieses Gesetz nicht gilt. Und es läßt sich gewiß nicht behaupten, daß in diesen Teilen Preußens oder in Süddeutschland wegen Fehlens jenes Gesetzes besondere Unzulänglichkeiten sich gezeigt haben, die in den altpreussischen Provinzen nicht vorhanden sind. Weit eher läßt sich der gegenteilige Nachweis führen, daß die unerträglichen Rechtszustände in den altpreussischen Provinzen die stärkste Landflucht gerade aus diesen Gebieten herbeiführt haben. In Wirklichkeit ist das Gesetz von 1854 also im wesentlichen ein Ausnahmerecht zugunsten des engeren Kreises der ostelbischen Agrarier und zum Nachteil der dortigen Landarbeiterchaft. Um so weniger läßt sich die Fortdauer eines Zustandes, der den Landarbeiter in den altpreussischen Provinzen zum Arbeiter minderen Rechts macht, rechtfertigen.

## Die Revision der Entente-Kriegsziele.

### Rußland regt eine Konferenz an.

Petersburg, 17. Juni. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Am 13. Juni bei dem Besuch des Albert Thomas den Mitgliedern der vorläufigen Regierung abgestattet hat, hat der Minister des Auswärtigen Terestschenko dem französischen Minister vor seiner Abreise nach Frankreich folgendes Schriftstück überreicht:

Die russische Revolution ist nicht nur eine Umformung der inneren Organisation Rußlands. Sie ist auch, und zwar in erster Linie, ein Faktor moralischer Art, ein Faktor, der den Willen des russischen Volkes klar legt, sein Ideal von Gleichheit, Freiheit und Recht nicht nur im Gebiet der inneren Politik des Landes zu verwirklichen, sondern auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Dieser Wille ist die Quelle, der die russische revolutionäre Regierung ihre Kraft entnimmt. Ihm zu dienen ist ihre erste Pflicht und ihre Sendung.

Rußland verteidigt beim Kampfe mit dem Feind den großen Gedanken der Freiheit und hat als Kriegsziel die Aufrichtung eines allgemeinen Friedens auf Grundlagen, die jedes gewaltsame Vorgehen von einer Seite, möge sie sein, welche sie wolle, und ebenso jeden imperialistischen Versuch in irgendeiner Form, ausschließen. Rußland nährt keinerlei Eroberungspläne und stellt sich entschlossen jedem derartigen Bestreben entgegen. Getreu diesen Grundgedanken ist die russische Nation fest entschlossen, die imperialistischen Absichten des Feindes, seien sie offen oder versteckt, zu bekämpfen, sowohl auf politischem Gebiet, wie auf dem Gebiet der finanziellen oder wirtschaftlichen Interessen.

Wenn sich trotzdem gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen unserer Regierung und den alliierten Regierungen über die Kriegsziele bilden konnten, so zweifeln wir nicht, daß die enge Vereinigung, die zwischen Rußland und seinen Alliierten besteht, ein völliges Einvernehmen über alle Fragen auf Grund der Grundsätze, von denen die russische Revolution befeuert ist, sicherstellen wird. Unerschütterlich der gemeinsamen Sache der Alliierten verbunden, nimmt die russische Demokratie den Entschluß jener alliierten Mächte mit lebhafter Freude auf, die sich bereit erklärt haben, dem Wunsch der vorläufigen Regierung Rußlands nachzukommen, die Vereinbarungen, die die endgültigen Kriegsziele betreffen, einer neuen Durchsicht zu unterziehen.

Wir regen zu diesem Zweck die Zusammenkunft von Vertretern der alliierten Mächte an, die demnächst stattfinden könnte, sobald sich günstige Bedingungen dafür bieten. Aber eine der Vereinbarungen, diejenige, die am 5. September 1914 in London unterzeichnet und später veröffentlicht worden ist, und die die Möglichkeit der Schließung eines Sonderfriedens durch eine der alliierten Mächte ausschließt, soll auf der Zusammenkunft nicht zur Diskussion gestellt werden.

Es ist anzunehmen, daß der Inhalt dieses Schriftstücks mit dem Vertreter der französischen und wahrscheinlich auch der englischen Regierung vereinbart worden ist. Wenn das zutrifft, dürfte in der Tat zu erwarten sein, daß die vorge-

schlagene Zusammenkunft zur Revision der Kriegsziele der Entente, auf deren Kommen schon seit einiger Zeit mancherlei Zeichen schließen lassen, demnächst deutlicher aus dem Nebel der Gerüchte hervortritt.

## Stockholm.

### Bulgarien und die Erklärung der ungarischen Delegation.

Sofia, 15. Juni. (Bulgarische Telegraphen-Agentur.) Die Presseleitung veröffentlicht folgende Mitteilung:

Die würdevolle Antwort, die die Erklärung der Abordnung der ungarischen Sozialisten in Stockholm über die Regelung der Balkanfragen in der bulgarischen Presse aller Parteilichhaltungen gefunden hat, scheint in einigen Ländern falsch verstanden worden zu sein. Im Lager unserer Feinde will man in diesen Erklärungen durchaus den Grund für die Reife des Ministerpräsidenten Radoslawow ins Ausland sehen, welche Reise nach dieser Ansicht durch Unbilligkeiten unter den Verbündeten, die sich aus der Haltung der ungarischen Sozialisten ergeben hätten, veranlaßt worden wäre. Der Zweck der Reise des Ministerpräsidenten Radoslawow ist zu wiederholten Malen dargelegt worden und es ist nicht nötig, hervorzuheben, daß die Erklärungen der ungarischen Sozialisten, die für Oesterreich-Ungarn in keiner Weise bindend sind, wohl zu weiteren Auseinandersetzungen und Besprechungen in der Presse Anlaß bieten können, aber durchaus nicht als Zeichen irgendeines Mißverständnisses zwischen den Verbündeten aufgefaßt werden dürfen.

### Hauptversammlung des Arbeiter- und Soldatenrats.

#### Verhältnismahl.

Petersburg, 16. Juni. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Hauptversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands, deren Eröffnung auf gestern festgesetzt war, ist erst heute zusammengetreten. Ueber 700 Abgeordnete sind eingetroffen.

Die Wähler melden die Ernennung des Generals Lomomsky zum Generalstabschef des Oberbefehlshabers. Admiral Maximow, der seinen Rücktritt nachgesucht hatte, ist an Stelle des Admirals Ruffin zum Admiralstabschef des Oberbefehlshabers ernannt worden. Die beiden Admirale Kanin und Medsow, Gehilfen des Marineministers, sind zurückgetreten.

Der mit der Ausarbeitung des Gesetzes über die Verfassungsgebende Versammlung beauftragte Ausschuss hat sich mit 27 gegen 9 Stimmen für das Verhältnismahlssystem ausgesprochen.

### An die Krakauer Adresse.

Auf der Landesvertretung in Krakau wurde ein vom österreichischen Polenklub angenommener Antrag Letmaier feierlich als der Wille des gesamten polnischen Volkes verkündet, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Polenklub des Landtages stellt fest, daß das polnische Volk einzig und allein die Wiedererlangung eines unabhängigen freien Polens anstrebt, das einen Zutritt zum Meere hat, und erklärt sich mit diesem Bestreben solidarisch. Der Polenklub stellt ferner den internationalen Charakter dieser Frage fest und sieht in ihr die Bürgschaft eines dauernden Friedens. Der Polenklub gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der uns gewogene Kaiser von Oesterreich diese Angelegenheit in die Hand nehmen wird. Die Wiederaufrichtung des polnischen Staates mit Hilfe von Oesterreich wird ihm einen natürlichen und verlässlichen Bundesgenossen sichern.“

In der „Aölnischen Zeitung“ betrachtet „ein Gewährsmann aus Polen“ den Beschluß als einen schlagenden Beweis politischer Unreife, findet das Verlangen „kindlich und unverkoren“, daß Deutschland den Polen auf Grund verjährter Besitzrechte mit der Abtretung seiner Ostprovinzen den Zugang zum Meer öffnen solle und erklärt drohend, daß die letzten Würfel auf über Polens Schicksal noch

Ein langer Artillerist mit der Hansafarbe an der Feldmütze geht mit seiner Frau und einem kleinen Jungen platzend an den Tischen hin. An unserem ist Platz. Die Frau redet hastig, als müßte sie Zeit sparen, von ihrer Arbeit und ihren Sorgen. Begütigend wendet er von Zeit zu Zeit ein.

„Loh good sin, Trine, de Mhl is'n Grootfnut . . .“ Er nimmt den Jungen, der immer wieder einnickt und vom Stuhl zu fallen droht, auf die Arme. Seine Finger tätscheln des Jungen Wangen, der furchtsam und befremdet abweicht.

„Was do nich min leev Jung?“ Den Blick beharrlich ins Leere gerichtet, schüttelt das Kind langsam den Kopf.

„Er wird sich noch gewöhnen müssen,“ meint die kleine Frau.

#### Der Glücksgroschen.

Der Bahnhof wird geschlossen. Wichtig zugemacht mit Türen wie eine Stube oder ein Haus. Das ist nicht besonders, aber mir schien es doch wunderbar. Da kann man weiter nichts tun, wenn man die Kosten eines Hotelzimmers scheut, als sich auf eine Bank setzen und aus Langeweile das Ruden der Zeiger an der erleuchteten Bahnhofsuhr kontrollieren oder ein bißchen frieren.

Ein Schritt steigt auf mich zu, einer kalten Wendung des Kopfes verdanke ich den Anblick einer jener Damen von Welt, die nicht gerade durch Unnahbarkeit imponieren. Sie steht sich neben mich, haucht (ich weiß nicht, ob das Wort richtig ist — haucht ein aus innerer Seele kommendes Gähnen in den werdenden Morgen) und sagt unvermittelt: „Ja, mein Lieber, det sin Feiten. Da host ma nu die ganze Nacht und wartet uff die paar Soldaten. Host sich wat! An wat sollste denn überhaupt von die armen Jungens verlangen? — Haben Sie vielleicht ne Zigarette, mein Freund?“

Die habe ich.  
Gierig saugt sie den Rauch in die Lungen. Aus ihrem Portemonnaie langt sie einen Zehnpfenniger. Ich wehre ab.  
„Tu man nich so. Floode mir, et is dein Glücksgroschen!“  
Ich will mal sehen. Arthur Zickler.

#### Papiernot.

Einmal mußte es ja weniger werden. In Tausenden von Kommunalverbandsangelegenheiten mit affessoralen Gedanken über Gekügelguth und Schweinemast, über nützliche Verwertung von Brennnesseln und Dotterblumen, Löwenzahn und Schierling bedrückt auf den Schreihackel geworfen oder an allen stillen Orten des Landes aufgehängt, will uns nun endlich das Papier ausgehen. Gesehen wir es offen, wir haben in Deutschland mit dem geduldigen Material geist.

Ganze Wälder von Papierholz, Tausende von Hektaren hat die sogenannte Krieglitteratur gefressen.  
Alles wurde in Beziehung zum Weltkrieg gebracht. Der Säugling, das Schulkind, der Knabe, das Mädchen, die Frau; alle

Stände und Berufsarten, alle Erwerbszweige, alle politischen, religiösen und konfessionellen Ideen, alles, was jemals gedacht, gesprochen und geschrieben worden war, wurde adaptierend nochmal geschrieben und gedruckt.

Die harmlosesten Menschen, die im Frieden niemals davon geträumt hatten, ein Buch oder eine Broschüre drucken zu lassen, wurden tief sinnig, kamen in die Wachen und ließen etwas erscheinen.

In leichten Fällen wurden es Gedichte, in schweren wurden es Abhandlungen etwa über die Knollenfrüchte im Weltkrieg. Die ehrlichsten, arbeitssamsten und bravsten Menschen erinnerten sich an ihre Schulbildung und schrieben Hausaufgaben, anstatt zu schlafen, zu rauchen oder Dünnbier zu trinken.

In den Clappen schwoilen wehmütige Kriegsstimmungen zu Hunderttausenden von Druckseiten an, aus der Heimat kam millionenfaches Druckes wider. Alle Menschen hatten Ideen, und alle Ideen wurden gedruckt. Die Stempelmühlen arbeiteten fieberhaft, um den Papierstoff zu liefern, die Papierfabriken arbeiteten fieberhaft, um das fertige Material zu liefern, die Menschen arbeiteten fieberhaft, um es bedrucken zu lassen, und an den stillen Orten des Landes wuhlte man nicht mehr, wohin mit dem Ueberflusse.

Schont unsere Wälder!  
Laßt die Fichten wachsen und erlebt an ihnen Stimmungen, laßt sie zu fallen und auf dem aus den Gemordeten gewonnenen Papiere Stimmungen zu beschreiben.

Eine Fichtenkultur ist mehr wert, ist anständiger und wirksamer, als jede andere, über die ihr euch die Finger schwarz schreibt. Simplicissimus.

#### Notizen.

— Das Verfahren gegen Heinrich Mann. Der Schupverband Deutscher Schriftsteller schreibt: Das Verfahren, das wegen der Novelle von Heinrich Mann: „Pippo Spano“ auf Grund des § 184 St.-G.-B. eingeleitet worden war, ist, wie der Staatsanwalt des kgl. Landgerichts München I dem Beschuldigten mitteilt, eingestellt worden. Es scheint indessen beabsichtigt zu sein, im objektiven Verfahren die Einzugsziehung der Nummer der „Weltliteratur“, in der die Novelle von Heinrich Mann zum Abdruck gekommen ist, zu veranlassen.

— Eine volkstümliche Insektenammlung. Eine Insektenammlung eigentümlicher Art, wie sie wohl bisher, wenigstens im größeren Maßstabe, keine wissenschaftliche Sammlung der Welt besitzt, wird das Schwedische Reichsmuseum demnächst erhalten: eine Zusammenstellung aller Insekten, die in Religion und Kultur der Regentümer des Kongogebietes eine Rolle spielen. Der schwedische Missionar N. S. Laman, der im Kongogebiet als Tierkundler und Sprachforscher tätig ist, wurde mit dem Zusammenbringen dieser Sammlung betraut. Die Anzahl der Insekten, die in die volkstümliche Insektenammlung gehören, ist, soweit sich bisher sagen läßt, über Erwarten groß; sehr zahlreich sind besonders die, die an Halsbändern, Armingen und anderen Schmuckstücken Verwendung finden.

## Zwischen eins und fünf.

### Nachtbilder vom Anhalter Bahnhof.

Der Russe.

Anhalter Bahnhof. Alles drängt aus dem Zuge, um den noch die Dunkelheit rinnt, auf den im zuckenden Vogenschein liegenden Bahnsteig. Ganze Familien mit glücklichen Beziehungen zum Bande drängen mit prallen Knäcken, deren knolligen Inhalt mancher berrät, der Sperre zu. Junge Mädchen, vom braunfrischen Hauch des Sommertages noch umweht, schreiten leichtfüßig in ihrer Kleidamen Wanderröcke dahin. Eine hat ihre Zupfgeige unterm Arm, ihr Klavierspiel klingt wie das Nestlied müder Vögel und wird vom Rauschen der Lokomotive überstöhnt. Der schwere Schritt der breitfüßigen Bauernfrauen mit ihren mächtigen Hüften gleicht wohl am meisten dem der Urkauer, die am ruhigsten, aber um so massiver sich ihren Weg bahnen.

Da kommt auch ein Russe daher, ein großer blonder Mensch, den schweren verstaubten Rucksack trägt er wie spielend auf seiner Schulter. So steht er nun neben seinem Landsturmmann und betrachtet das Chaos mit einem Gesicht, in dem sich nur die Augen bewegen. Traurige, ernste Augen.

Ein halbwegsiger Burische tritt auf ihn zu und feigt: „Ruhki loput!“ Sein Lachen beweist, daß er sich nicht wenig auf das Wichtige seiner Bemerkung einbildet. Der Landsturmer aber macht eine kaum zu merkende Bewegung mit der Hand. „Galt dein Maul, du Schmösel, sonst pfeif ich dir eene!“

Von ungefähr beuge ich dem Blick des Russen und fühle die einsame Kälte in seinen Augen. In mir ist der Drang, ihm etwas freundliches zu sagen. Ein paar einmütig irgendwo gehörte Brocken fallen mir ein. „Do swibanjel!“ („Auf Wiedersehen!“) sage ich und gebe dem Beamten meine Karte.

Fremde gurgelnde Laute murmeln warm und dankend hinter mir her.

Am Treppentur drehe ich mich noch einmal um.

Er sieht mir nach.

Der Vater.

Der Wartesaal ist voll von Urlaubern. Sie drängen born zum Büfett, sitzen und stieren, die Mäße in den Händen geschoben, vor sich hin oder hocken in gedämpften Gesprächen zusammen. Manche haben gar den Kopf auf die Tischplatte gelegt. Die Worte verfliegen im allgemeinen Lärm und nur manchmal schlagen zerrissene Sätze an das Ohr. „Als wir damals in Pullecourt lagen . . .“  
„ . . . von der ganzen Kompagnie noch acht Mann . . .“ oder: „Mensch, id kann dir sagen, wat haben da die Franzer rinjesunk . . .“

nicht gefallen und Taten oder Worte, wie die von Krafau, nicht geeignet sind, den Regierungen der beiden Befehlsmächte für den weiteren Gang auf dem Wege, der zu Volens Wohl mit dem Akt vom 5. November eingeschlagen wurde, viel Nut zu machen". Der Artikel schließt mit einer kräftigen Ermahnung:

"Nicht Volens Kräfte haben diesen alten Traum wieder greifbar nahegerückt, sondern die der siegreichen Mächte dieses Weltkriegs, Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Wir sind es den Toten und sind es der Zukunft unseres Vaterlandes schuldig, daß Volen nicht wieder russisches Aufmarschgebiet gegen uns wird; weiter aber auch, daß man nicht gar in dem neuen Volensstaat ein Reich ersticht, das uns schlimmer als Rußland in der Platte bedroht. Wird das Spiel, das man in Krafau gespielt hat, weiter getrieben, so werden in Deutschland wie in Oesterreich-Ungarn ganz von selbst sich Ermahnungen einstellen, ob man Köpfe, denen der Freiheitskampf die nürsternste Ueberzeugung derart zu stören vermag, das zum Ausbau überlassen kann, was man vor dem 5. November 1918 für durchführbar hielt."

Im österreichischen Abgeordnetenhaus hat der Obmann des Polenklubs Dr. Pazarski eine Erklärung über die Entschädigung Letmaiers abgegeben.

"Mit Befremden haben wir vernommen, daß unsere Resolution vom 28. Mai d. J. von gewisser Seite mißdeutet und als ein gegen die allerhöchste Dynastie und gegen den Staat Oesterreich gerichteter Vorstoß interpretiert wird. Dieser irigen Auslegung müssen wir ganz entschieden entgegenzutreten und können über die Mißdeutung unserer Resolution und über die irrthümliche Auslegung derselben getrost mit dem Bemerkten hinweggehen, daß wir tatsächlich unter einvernehmlicher Mitwirkung Oesterreichs unsere Zukunft zu bauen wünschen und daß wir dabei auf die wohlwollende Unterstützung Oesterreichs und seines hochherzigen Monarchen gütlich rechnen und vertrauen."

Die "Arbeiter-Zeitung" bemerkt dazu trocken: "Ueber diese Logik kann man wohl nur lächeln, wenn man auch aus bestimmten Gründen ihre Schwäche nicht darlegen kann."

Der Beschluß des Polenklubs, gegen die Regierung Clam-Martinic in die Opposition zu gehen und das Budget-Provisorium abzulehnen, ist für die Wiener Presse das Thema des Tages. Denn damit ist die Gefahr entstanden, daß das Budgetprovisorium von allen slavischen Verbänden des Abgeordnetenhauses abgelehnt wird und fällt. Da die entscheidende Abstimmung noch in dieser Woche erfolgen soll, rechnet man mit einer raschen Klärung der Lage.

## Die englischen Gewerkschaften gegen die Teuerung.

Bern, 17. Juni. Laut "Times" vom 13. Juni werden eine halbe Million verschiedenen Gewerkschaften angehörende Arbeiter in den nächsten Tagen die Regierung auffordern, in Anbetracht der hohen Lebensmittelpreise für eine Lohnerhöhung um zehn Schillinge in der Woche Sorge zu tragen. Ein führender Gewerkschaftsbeamter deutete an, daß die Lebensmittelteuerung der Hauptgrund für die Forderungen sei, dieselben aber auch angesichts der Gewinnerhöhungen der Kleinhandler billig erscheinen. Die Regierung wird am 19. Juni über die Angelegenheit bestimmen.

Eine bedeutende Bewegung unter der englischen Arbeiterschaft ist darauf aus, daß die Regierung alle wichtigen Nahrungsmittel beschlagnahmt, und die Verteilung zu vernünftigen Preisen für Reich und Arm in die Hand nimmt. Eine erste 13.800 Unterschriften tragende Petition ist diesem Sinne ist Lloyd George am 2. Juni zugegangen.

## Die Bewegung in China.

Peking, 14. Juni. (Neuermeldung.) Tschanghsun hat es abgelehnt, nach Peking zu kommen; die Auffständischen wollen eine Vertreterversammlung nach Tientsin berufen, um eine Einseitige Regierung mit einem Diktator als Vorherrscher einzusetzen.

## Der Süden marschiert auf Peking.

New York, 17. Juni. (Neuerm.) Die hiesige chinesische Nationalisten-Liga hat eine Depesche aus Kanton erhalten, die große militärische Unternehmungen in den sechs südlichen Provinzen Chinas gegen die Regierung ankündigt. Die Depesche fügt hinzu, daß die Truppen des Südens schon gegen Ku-Tschang marschieren.

## Der Krieg auf den Meeren.

Luftschiffe greifen südenglische Festungen an. 2 48 verloren!

Berlin, 17. Juni. Amlich. Eins unserer Marine-Luftschiffgeschwader griff in der Nacht vom 16. zum 17. Juni unter Führung des Korvettenkapitäns Viktor Schübe wichtige Festungen Südenglands mit beobachteter guten Erfolge an. Die Luftschiffe hatten erbitterte Kämpfe mit englischen See- und Landstreitkräften, sowie Fliegern zu bestehen. Hierbei wurde nach durchgeführtem Angriffe L 48 von einem feindlichen Flieger über See brennend zum Absturz gebracht, wobei mit der gesamten Besatzung auch der vorgenannte Befehlshaber den Heldentod fand. Die übrigen Luftschiffe sind wohlbehalten zurückgekehrt.

## Der Chef des Admiralstabes der Marine.

London, 17. Juni. Amlich. Früh am Morgen näherten sich einige Luftschiffe der Ost- und Südküste. Zwei kamen eine kurze Strecke weit in Land. Einer überflog die ostenglische Küste, der andere kam über Kent. Der letztere warf Bomben ab. Es wurde einiger Schaden angerichtet und in einer Küstenstadt brach Feuer aus. Ein Zeppelin wurde in Flammen abgeschossen.

## Fliegerarbeit an der Rigaer Bucht.

Berlin, 16. Juni. Regere Tätigkeit der russischen Seestreitkräfte im Unterwasser- und Minenkrieg haben Veranlassung zu Abwehrmaßnahmen deutscherseits gegeben, die nachstehende Ergebnisse hatten:

Am 13. Juni belegten Flugzeuge den russischen Stützpunkt Lebara ausgiebig mit giftbedeckten Spreng- und Brandbomben.

Am 14. Juni wurde die auf der Insel Rusa (im Rigaer Meerbusen) befindliche A. L. Station mit sichtbarem Erfolge mit Bomben belegt. Im Haupt- sowie in den Nebengebäuden wurden zahlreiche Brände beobachtet.

Im Anschluß an diese Unternehmung landete am 15. Juni ein Teil unserer Flugzeuge auf der Insel und zerstörte die noch übrig gebliebenen Teile dieses Stützpunktes. Alle Flugzeuge sind nach Durchführung ihrer Aufgaben zurückgekehrt.

## Der Chef des Admiralstabes der Marine.

## Japanische Zerstörer gegen deutsche U-Boote im Mittelmeer.

London, 16. Juni. (Neuermeldung.) Der japanische Marineattaché teilt mit, daß am 11. Juni eine der japanischen Zerstörerflottillen feindliche Unterseeboote im Mittelmeer angegriffen habe. Das Ergebnis sei noch nicht bekannt. Bei dieser Gelegenheit habe der Zerstörer Sakaki durch einen feindlichen Torpedo einigen Schaden erlitten, wobei 55 Mann getötet worden seien. Der Zerstörer sei glücklich in den Hafen geschleppt worden.

Der Staatssekretär der Admiralität erklärt hierzu, dies sei einer der Zerstörer gewesen, die so tapfer bei der Rettung von Truppen und Befahrung des torpedierten Transportdampfers Transylvania geholfen hätten, trotz der drohenden Gefahr, selbst torpediert zu werden.

## Politische Uebersicht.

### Personenwechsel.

Im "Berl. Tagebl." veröffentlicht Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg einen Aufsatz über die Stockholmer Konferenzen, der mit folgender sehr bemerkenswerten Betrachtung schließt:

"Gleichviel, wie sich die deutsche Regierung zu dem schließlichen Ergebnis der erneut einberufenen Konferenzen stellt, es ist schade, daß die deutschen Delegierten nur das Verprechen der Neuorientierung mitnehmen können; solchem Verprechen braucht niemand zu glauben; wir tun es, das Ausland, das neuerdings gerade im Anschluß an den Mexikofall Deutschland Doppeltungeltigkeit nachsagt, tut es nicht. Und die in der Osterbotschaft zugegebene Rückständigkeit der deutschen politischen Verhältnisse wird wie jetzt bei der Wiederbelebung der russischen Offensiv- so auch am Verhandlungstisch unseren Gegnern dieselben unschätzbaren Dienste leisten, die sie ihnen bei der Einleitung und im Verlauf des Krieges seit Jahren geleistet hat. Im Felde entscheidet schließlich die Gewalt der Waffen, aber am Verhandlungstisch sind Vertrauen und andere Imponderabilien ausschlaggebend. Sind es doch überall dieselben, die im Innern reaktionär und autoritär, nach außen im übelsten Sinne imperialistisch sind. Daraus folgern unsere Gegner, daß wenn Deutschland solche Tendenzen im Innern nicht besiegen kann, es auch kein zuverlässiger Partner im Verständigungsfrieden sein könne, woran sie dann noch bödsartiger kommentare knüpfen werden. Das konnte durch gesetzgeberische Maßnahmen, und falls man diese absolut nicht wollte, durch Personenwechsel vermieden werden. Und dazu ist es auch heute nicht zu spät und läßt dabei — wir wiederholen es — der deutschen Entscheidung gegenüber sozialistischen Beschlüssen vollständig freie Hand. Die Staatsform ist nach Bismarck nicht eine Sache der inneren Politik allein."

Herr Dernburg hat den Mut gefunden, auszusprechen, was heute weite Kreise auch außerhalb der deutschen Sozialdemokratie denken. Diese betrachten einen entschiedenen System- und Personenwechsel als den notwendigen Beitrag, den Deutschland jetzt zur Lösung der Weltkrisis zu leisten hat. Der Wechsel soll natürlich nicht in der Richtung erfolgen, die von den alldemokratisch-konservativen Kanzlerstürzern angestrebt wird, sondern in der ihr geradezu entgegengesetzten. Nicht nach rechts, wie Herr Dernburg im Herrenhause so hübsch jagte, sondern nach links, denn "rechts sind wir ja schon an der Wand".

Daß diese Auffassung am weitesten gerade in jenen Kreisen verbreitet ist, die das Ausland aus langjähriger berufspolitischer Tätigkeit genau kennen, macht sie nur noch beachtenswerter.

### Buch Hiob oder Ev. Matthäi?

Der Sonntags-Prediger der "Kreuz-Zeitung" feht seine seltsamen Leistungen fort und steigert sie zugleich. Er predigte am gestrigen Tage über Hiob 5, 17, 18: "Siehe, felig ist der Mensch, den Gott trost. Darum weigere dich der Züchtigung des Allmächtigen nicht."

Diesen Trost gibt er zunächst dem Griechenkönig auf seine unfreiwillige Reise mit. Dann aber fährt er fort:

"Während in Deutschland Männer am Glauben Schiffbruch litten über den Graueln des Burenkrieges — wie konnte ein gerodeter Gott den Rammon siegen lassen über Gottvertrauen und Vaterlandsliebe? — sprachen es edle Burenführer offen aus: 'Wir hatten es verdient, wir brauchen es, daß Gott uns straf und schlägt, denn wir sind nicht, wie wir sein sollten!'"

"Wann wird unser deutsches Volk in seiner Gesamtheit, selbst die dem Glauben so entfremdeten Redakteure unserer gottfeindlichen Zeitungen, sich zu dieser Höhe der Weltanschauung aufschwingen? Wie lange muß Gott uns noch schlagen, wie er uns jetzt schlägt mit der Dürre?"

Der gelehrte Gottesmann weiß also genau, daß die "dem Glauben so entfremdeten Redakteure unserer gottfeindlichen Zeitungen" an der Hitze und Trockenheit dieses Juni schuld sind (und nicht etwa — wenn man schon göttliche Strafabsichten annimmt — der Starrsinn und Hochmut einer ihm näher stehenden Gesellschaft).

Wäge der gelehrte Gottesmann doch Ev. Matthäi 23, 25 nachlesen, wo es heißt: "Weh euch, Schriftgelehrte und Pharisäer!" Vielleicht predigt er uns darüber das nächste Mal!

## Letzte Nachrichten.

### Der erste Vertreter des A. u. S. Rats in Stockholm.

Kopenhagen, 17. Juni. Ein Mitarbeiter von "Politiken" meldet aus Stockholm, daß dort ein Vertreter des russischen Arbeiter- und Soldatenrates namens Justus Weinberg eingetroffen und gestern zum ersten Male in der Sitzung des holländisch-skandinavischen Ausschusses erschienen ist. Er teilte mit, daß der Arbeiter- und Soldatenrat an der Einberufung einer Zusammenkunft nach Stockholm festhalte. In einigen Tagen werde in Stockholm ein vorläufiger Organisator eintreffen und kurz darauf sollen die Vertreter folgen.

Weinberg wird in Stockholm eine Zeitung herausgeben, die deutsch, französisch und englisch erscheinen und den Titel führen wird: "Bulletin des Arbeiter- und Soldatenrates, Abteilung für auswärtige Beziehungen."

Der Ausschuh des Arbeiter- und Soldatenrats, sagte Weinberg, hat einen Anierauschuh eingeseht, der sich nur mit der Sozialisten-zusammenkunft beschäftigt. Wir messen der Zusammenkunft größte Bedeutung bei. Diesem Ausschuh gehört das ganze Präsidium des Arbeiter- und Soldatenrates an. Die nach Stockholm kommenden Vertreter haben ihre eigenen Anweisungen, haben aber natürlich nicht die Absicht, die wertvolle vorbereitende Arbeit zu zerstoren, die der holländisch-skandinavische Ausschuh bisher geleistet hat.

(Die Verantwortung für die Richtigkeit der sehr begrüßenswerten Meldung verbleibt der genannten Quelle. Red. des "Vorwärts".)

## Groß-Berlin

### Die Armenverwaltung „berichtigt“.

In den in Nr. 114 des "Vorwärts" gemachten Mitteilungen über einen Fall aus der Berliner Armenpflege haben wir jetzt, nach sieben Wochen, eine Erwidmung der Armenverwaltung erhalten. Sie schreibt uns, daß an die in der Neuen Poststraße wohnende 78jährige Witwe K. neben dem von uns angegebenen Monatsbetrage von 35 M. im Januar d. J. 10 M. aus Wohltätigkeitsmitteln des Armenkommissionsvorsichters gezahlt worden sind. Hoffentlich ist hier nicht das alljährlich im Winter an alle Armenempfänger gezahlte Feuerungsgeld gemeint, das als selbstverständliche Zusatzunterstützung aus etatsmäßigen Mitteln gewährt wird. Wir konnten hinzufügen, daß man der alten Frau inzwischen auch für Mai d. J. neben den 35 M. eine einmalige Zusatzunterstützung von 10 M. gegeben hat. Aber das geschah ja nach Veröffentlichung unseres Artikels, den wir am 27. April (nicht, wie die Armenverwaltung in ihrer "Berichtigung" sagt, am 26. April) brachten. In jenem Artikel bemängelten wir, daß nicht auch die bei der 78jährigen Mutter wohnende 63jährige unverheiratete Tochter eine Armenunterstützung erhielt, die ihr infolge ihrer durch Krankheit verursachten Erwerbsunfähigkeit nötig gewesen wäre. "Wie weit kommt man", fragten wir, "mit 35 M. in dieser Kriegszeit, wo angehts der Lebensmittelteuerung mit Recht jeder nach Feuerungsgulage ruft?" Wir hoben hervor, daß wir gegenüber der Lage beider Hilfsbedürftiger die gewährte Hilfe nicht für ausreichend halten können. Auf das kam es an! Die Armenverwaltung schreibt hierzu, daß weder vom Armenkommissionsvorsichters noch von einem Pfleger die Bemerkung (die im "Vorwärts" wiedergegeben war) gefallen sei, die Tochter sei "noch zu jung" zur Unterstützung. Da steht nun Aussage gegen Aussage. Bei solchen Worten pflegen selber diejenigen, die sie gebrauchen, sich nicht viel zu denken und die Wirkung zu unterschätzen. Was sie sagen, kommt ihnen begrifflicherweise rascher aus dem Gedächtnis als denen, die sich dadurch verletzt fühlen. Die Armenverwaltung weiß aber auch zu melden, daß tatsächlich geholfen worden sei. Sie erzählt: "Als sie (die Mutter) im März d. J. um Beihilfe für die erkrankte Tochter bat, wurden dieser ohne weiteres am 1. April 12 M. gezahlt. Die Tochter der Frau K. hat im Juni 1913 30 M., im September 1914 20 M., im November 1916 20 M., im Mai 1917 40 M. aus Wohltätigkeitsmitteln erhalten." Man möchte, wenn die Sache nicht so ernst und traurig wäre, fast über diese Aufzählung lächeln. Glaubte die Armenverwaltung, unsere Angaben über den Notstand vom April 1917 mit Hinweis auf die im November 1916 oder gar im September 1914 und im Juni 1913 gewährten Geldbeträge entkräften zu können? Sie vergißt nicht, auch die im Mai 1917 geleistete Hilfe zu erwähnen. Aber das hat sie vergessen, daß die Hilfe zu spät kam — oder sie weiß es wohl selber nicht. Die 53jährige, krank und erwerbslos gewordene Näherin war, wie wir in unserem Artikel mitteilten, in ein Krankenhaus gebracht worden. Sie wurde wegen Anzeichen von Geistesverwirrung schließlich gegen den Willen der Mutter an ein Irrenhaus überwiesen — und dort starb sie bereits am 29. April. Als die Unterstützung für Mai in der Wohnung der Mutter vom Briefträger abgeliefert werden sollte, erfuhr er, daß die empfangsberechtigte Tochter aber tot lebte und keine Hilfe mehr brauchte. Obwohl die Armenverwaltung sich reichlich Zeit zu ihren Ermittlungen und zur Abfassung ihrer Antwort gelassen hat, scheint sie von dem am 29. April erfolgten Tod noch im Juni nichts zu wissen. So "berichtigt" die Armenverwaltung!

### Klagen über mangelhafte Fleischbelieferung.

Wie uns der Berliner Magistrat mitteilt, geben ihm immer wieder Klagen über Schlächter zu, die den vom Magistrat vorgeschriebenen Anruf der Kunden nach dem Kammernverzeichnis unterlassen. Der Magistrat weist nochmals darauf hin, daß der Kammernanruf unbedingt zu erfolgen hat. Des weiteren sind Klagen darüber laut geworden, daß einzelne Schlächter ihren Kunden nur auf die städtischen Fleischarten Fleisch verkaufen wollen. Das ist natürlich, abgesehen vom Schweinefleisch, das nur auf städtische Fleischarten abgegeben wird, durchaus unzulässig. Die Schlächter erhalten genügend Fleisch, um ihre Kunden sowohl auf die städtischen, als auch auf die Reichsfleischarten voll befriedigen zu können. Der Magistrat wird in Zukunft gegen alle Schlächter, die seinen Anordnungen nun noch zuwider handeln, unmissverständlich mit Spernung des Fleischbezuges vorgehen.

### Bessere Versorgung mit Magermilch.

Die Bewirtschaftung der Magermilch hat sich gebessert. Die Fettstelle ist nunmehr in der Lage, an sämtliche Kinder Groß-Berlins, die in der Zeit vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1911 geboren sind, wöchentlich zweimal je 1/2 Liter Magermilch bezugsweise auszuweisen zu können, und zwar erhalten Magermilch: Bezirk 1 und 8 am Sonntag und Donnerstag, 2 und 9 Montag und Freitag, 3 und 10 Dienstag und Sonnabend, 4 und 11 Mittwoch und Sonntag, 5 und 12 Donnerstag und Freitag, 6 und 13 Freitag und Dienstag, und 7 und 14 Sonnabend und Mittwoch. Der Milchhändler hat auf jeder ihm vorgelegten Magermilchkarte zu vermerken, zu welchem Bezirk der Kunde gehört und an welchen Wochentagen er Magermilch erhält. In Berlin sind die Magermilcharten in der Zeit vom 18. bis 21. Juni von den Volkskommissionen abgeholt. Das Alter des für den Magermilchbezug in Betracht kommenden Kindes ist durch Vorlegung einer amtlichen Urkunde nachzuweisen.

Deutscher Städtetag. In den am Nachmittage fortgesetzten Verhandlungen des Deutschen Städtetages nahm die Kohlenfrage den breitesten Raum ein. Berichterstatter waren die Oberbürgermeister Blüher-Dresden und Dr. Nibo-Galle. Zwei Gesichtspunkte traten in den Vordergrund: erstens daß eine Steigerung der Kohlenenergie ganz unerlässlich ist, und zweitens, daß die — selbstverständlich auf den dringendsten Bedarf zurückzuführende — städtische Kohlenversorgung ebenso wichtig ist wie die Versorgung der Rüstungsindustrie. Vielfach wurde darauf hingewiesen, daß die Herbeischaffung dieses notwendigen Bedarfs an Hausbrand für die städtische Bevölkerung von nicht geringerer Bedeutung ist als die Beschaffung der erforderlichen Rahrungsmittel. Auch die Notwendigkeit, die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke arbeitsmäßig zu beliefern, und die sich aus einer Nichtbelieferung ergebenden Rückwirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben, besonders auch auf die Rüstungsindustrie, wurde nach allen Richtungen beleuchtet. Eine besondere Entscheidung, die darauf hinweist, daß die bis jetzt ergriffenen Maßnahmen in keiner Weise den berechtigten und um des Endziels der Kriegsführung willen unerlässlichen Forderungen der städtischen Bevölkerung entsprechen, befindet sich noch in Vorbereitung.

Weiterer Verhandlungsgegenstand war der § 6 Abs. 2 des Kohlenenergiegesetzes, der nach der Absicht des Reichstages den Gemeinden die Möglichkeit eröffnen soll, durch Schaffung gewisser Einrichtungen eine Ermäßigung der Steuer um die Hälfte für die Inhaber von Kleinwohnungen herbeizuführen. Diese Verhandlungen, die durch einen Bericht des Oberbürgermeisters Lindemann-Niel eingeleitet wurden, endigten mit dem einstimmigen Beschluß, daß die vorgelegten vom Bundesrat zur Ausfertigung dieser Gesetzesvorschrift erlassenen Bestimmungen es dem Hauptantrag nicht ermöglichen, den Gemeinden die Schaffung solcher Einrichtungen zu empfehlen, besonders auch im Hinblick auf die gesamten derzeitigen Schwierigkeiten der Kohlenbeschaffung.

Am Schluß der sich bis in die späten Abendstunden erstreckenden Tagung wurden noch einige Einzelfragen der Milch- und Fettregelung, sowie der Gemüße- und Obstversorgung erörtert. Es wurde beschlossen, die nähere Behandlung dieser Fragen an den Nahrungsmittelausschuh des Deutschen

Städteleget zu verweisen, der durch die Verleumdung...  
Städteleget zu verweisen, der durch die Verleumdung...  
Städteleget zu verweisen, der durch die Verleumdung...

Die ersten Zwangs-Mietssteigerungen in Berlin sind jetzt erfolgt. Die Hausbesitzervereine haben fast durchweg ihren Mitgliedern empfohlen, sie auch verpflichtet, zum 1. Oktober eine Mietssteigerung von mindestens 10 Proz. vorzunehmen, um den Hausbesitz lebensfähig zu erhalten, der durch hohe Hypothekenzinsen, hohe Mieten für Instandsetzer der Wohnungen, Klare usw. und durch eine Ueberproduktion an Wohnungen dem Ruin entgegensteht. Obgleich der Vierteljahreskündigungstermin erst zum 1. Juli oder vertragsmäßig einige Tage früher fällig ist, so haben verschiedene Hauswirte schon jetzt ihren Mietern die Nachricht ausgestellt, daß die Wohnung vom 1. Oktober so und so viel mehr kostet oder dann geräumt werden müsse. Die Steigerung bewegt sich aber meist über 10 Proz., ja bis auf 25 Proz. und mehr des Mietspreises, und selbst Kriegervfamilien wurden mit solch einem Steigerungsbefehl beglückt. Dem Oberkommando und dem königlichen Polizeipräsidenten sind bereits Proteste gegen die Praxis der Hausbesitzer zugeleitet worden mit der Bitte, wie mehrfach in anderen Städten so auch in Berlin Mietssteigerungen für die Dauer des Krieges zu verbieten, sei sie direkt oder indirekt durch Schaffung von Abgaben für Hausreinigung und dergleichen.

Tabak-Ertrag. Die neueste Kriegsware ist der Tabak-Ertrag, der soeben in den Handel gebracht wurde. Der Mangel an Tabak hat erfindert gemacht. Aus Waldmeister, Erdbeereblättern, Lavendelblüten, Fenchelblättern, Sandelholz und ähnlichen aromatischen Kräutern ist ein Tabak-Ertrag zusammengestellt worden, der zum Strecken des echten Tabaks dienen soll, aber auch so in die Pfeife gestopft werden kann.

Bekanntmachung. In Erweiterung der Bekanntmachung des Oberkommandos vom 12. Juli 1918 - Selt. 11a Nr. 10100 - betreffend Besichtigung der mit Geesdaustragen betrauten Privatfabriken in Berlin und der Provinz Brandenburg durch Offiziere, wird bestimmt, daß auch das Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin-Dahlem zur Ausstellung schriftlicher Genehmigungen berechtigt ist. Der Oberbefehlshaber in den Marken, gez. v. Kessel, Generaloberst.

Lieferungsverträge über Gemüse dürfen, worauf die zuständige Reichsstelle erneut hinweist, nach dem 1. Juli nicht mehr abgeschlossen werden. An diesem Tage verlieren alle Verdingungsaußweise ihre Gültigkeit.

Der Zirkel der Brillantenmische wurde von der Polizei gesprengt. Eine Marie F., die in der Ledewelt sehr bekannt ist, führt dort den Epitheton „Brillantenmische“ nach einem schönen Halskettenschmuck, den sie besitzt und der wohl an die 50.000 M. wert ist. Sie gehört zu den Kreisen, denen es gar nicht recht ist, daß auch die Polale, in denen man sich am wenigsten langweilt, um 12 Uhr schlafen müssen. Da kam sie vor einiger Zeit auf den Gedanken, selbst eine Gelegenheit zu schaffen, um sich auch später noch in lustiger Gesellschaft die Zeit vertreiben zu können. In ihrer Wohnung im hohen Erdgeschoß eines Hauses veranstaltete sie „Zirkel“, um ihre Abende von den „Kommerzien“ zu unterscheiden. Wenn man in einer gewissen Vor- oder anderwärts unterrichtet worden war, daß Weinbändler und andere Leute genügend Selt und Ehrentüren nach der Großbeerentrage geschafft hatten, dann brach man auf zur „Brillantenmische“, wo man sich bei Gramophon- und Geigenklang bis in die Morgenstunden weiter vergnügte. Auch ein Tanz war nicht ausgeschlossen. Die Preise waren zwar sehr hoch, aber daran stießen sich die Gäste nicht. Weniger erfreut als diese waren die anderen Mieter des Hauses. Als Beschwerden über die nächtlichen Störungen beim Verwalter fruchtlos blieben, wandte man sich an die Polizei. Obwohl ein Wächter vor der Tür stand, und nur auf Geheimgeldern öffnete, verschafften sich Kriminalbeamte doch überraschend Zutritt und hoben den Zirkel auf.

Eine unternehmende Hochstaplerin wurde in einem Hotel der Friedrichstadt ermittelt und festgenommen. Die 19 Jahre alte Straßenbahnkassierin Anna Japanska aus Marburg gab ihre Stellung in Frankfurt a. M. auf und ging mit einem jungen Manne auf Hochstaplerfahrten aus. Das Pärchen besuchte zunächst Aischaffenburg. Durch ein Kellerfenster stiegen beide in ein Warenhaus ein, kleideten sich vom Kopf bis zu den Füßen um, legten auch noch Uhrkette und Schmuckstücke zu den neuen Sachen an und ließen die alten zurück. Sie fanden auch noch genügend bares Geld, um nach dem nächtlichen Besuch des Warenhauses gleich in einem Hotel absteigen zu können. Von Aischaffenburg fuhr Anna Japanska nach Berlin voraus und lebte als „Frau Schmidt“ aus München in einem Hotel in der Doroteenstraße ein. Dorthin sollte der Geliebte nachkommen. Weil er ausblieb, so waren ihre Mittel bald erschöpft. Als sie fürchten mußte, daß der Wirt mit der Rechnung kommen würde, machte sich „Frau Schmidt“ zur Nachtzeit aus Haus- und Bettdecken und Rettungsdrakt ein Seil zurecht, ließ sich aus einem Fenster auf die Straße hinab und verschwand.

Zur Verhaftung hatte sie vorher ein Seil hinaufgehoben, um nicht zu hart zu fallen, wenn das Seil reißen sollte. An anderen Stellen war der Hochstaplerin der heimliche Abschied leichter geworden. Die Hotels wurden gewarnt. Als sie gestern wieder unter solchem Namen in der Friedrichstadt abfiel, wurde sie erkannt und festgenommen.

Schöneberg. Heute Frauenleseabend bei Groß, Sedanstr. 17. Tagesordnung: 1. Referat der Genossin Ludwig über die Kriegsarbeit der Frau in der Gemeinde. 2. Unsere Ferienkolonie.

Spanbau. Lebensmittelnachrichten. Der Magistrat gibt bekannt: In der Woche vom 18. bis 24. Juni dürfen auf die Abchnitte 1 bis 8 der Kartoffelarte zusammen höchstens 2 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden. Auf jeden der Abchnitte 9 bis 20 dürfen in den hiesigen Wäldern 25 Gramm Brot oder 17 Gramm Roggenmehl, insgesamt auf sämtliche 12 Abchnitte 300 Gramm Brot oder 200 Gramm Roggenmehl entnommen werden. Diese 12 Abchnitte sind getrennt von den übrigen Waldmarken gebündelt einzureichen. Auf einen über eine halbe Wochenmenge lautenden Kartoffelabchnitt der Schifferlebensmittelfarte dürfen 2 1/2 Pfund Kartoffeln und auf den zweiten für dieselbe Woche geltenden Abchnitt 250 Gramm Brot oder 175 Gramm Roggenmehl entnommen werden. Militärurlaubser erhalten auf zwei Fünftel der Kartoffelabchnitte ihrer Lebensmittelarte Kartoffeln und auf drei Fünftel Brot oder Roggenmehl wie die übrige Bevölkerung.

Die Preiskommission der Bezirksamtei Potsdam und Berlin hat mit Genehmigung der Reichsstelle für Gemüse und Obst folgende Erzeuger-Höchstpreise festgesetzt: a) Für die Zeit vom 14. bis 20. Juni für Erdbeeren I. Wahl 1 M., für Erdbeeren II. Wahl 60 Pf., für Erdbeeren unfortiert 80 Pf. pro Pfund. Als Erdbeeren II. sollen die ganz kleinen und beschädigten Früchte gelten und die sogenannte Rodernte. - b) Für die Zeit vom 14. bis 28. Juni für Walderdbeeren 1,50 M. pro Pfund. Als solche werden gleichzeitig die gartenmäßig gezogenen Roderntebeeren angesehen. - Für Johannisbeeren, weiße, rote und schwarze 50 Pf. pro Pfund. - Für Stachelbeeren, reif und unreif 40 Pf. pro Pfund. - Für Himbeeren: a) Röh-Himbeeren 55 Pf. pro Pfund. b) Ausgewählte Himbeeren (Speisehimbeeren) 80 Pf. pro Pfund. Für saure Kirschen 80 Pf., für süße Kirschen (weiße) 88 Pf., für süße Kirschen (große, harte) 58 Pf., für Schattenmorellen und Kaiten 60 Pf., für Glasfrüchte 60 Pf. pro Pfund.

Infolge des starken Andranges wird die Ausgabe der Bezugscheine für Einmachezucker wie folgt geändert: Am 18. d. M. die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben R, O, P, am 19. d. M. die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben Q, R, am 20. d. M. die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben S, und zwar nur diejenigen der Altstadt, Strosow, Klosterfelde, Wilhelmstadt, am 21. d. M. die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben S aus der Neustadt und Hakenfelde, am 22. d. M. die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben S aus der Altstadt, Strosow, Klosterfelde, Wilhelmstadt, am 23. d. M. die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben S aus der Neustadt und Hakenfelde. Die Ausgabe erfolgt nur vormittags von 8 bis 12 1/2 Uhr. Für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben S, H, S, S und S wird der Ausgabetermin nach bekanntgegeben, ebenso für diejenigen Haushaltungen mit den Buchstaben A bis R, welche die Bezugscheine bisher nicht erhalten haben. Die Ausgabe in den Stadtteilen Hakenfelde und Siemensstadt nicht verändert.

Gegen Abtrennung von Feld 5 der Eierkarte können vom Sonntag, den 18. Juni, ab 2 Eier bezogen werden. Feld 4 verliert mit Ablauf von Sonntag, den 17. Juni, seine Gültigkeit.

In einer großen Anzahl von Geschäften sind noch Graupen oder Gröhe gegen Abtrennung von Feld 1 der Lebensmittelkarte zu haben. Feld 1 verliert mit Ablauf von Dienstag, den 19. Juni, seine Gültigkeit.

Auf Feld II der Mutterkarte ist noch Butter in folgenden Geschäften zu haben: Sadow, Johannastr. 62; Kowald, Reudenborfer Str. 90; Schulze, Damburger Str. 116; Rieffow, Brunnenstraße 21; Wiese, Kärtischer Steig 11.

In der Woche vom 18. bis 24. Juni 1917 dürfen auf die Reichs- und städtische Fleischkarte entnommen werden: A. Städtische Fleischkarte. Auf städtische Fleischkarte (Vollkarte): 250 Gramm Schlachtviehfleisch mit Knochen oder 200 Gramm Schlachtviehfleisch ohne Knochen. Auf städtische Fleischkarte (Rinderkarte): 125 Gramm Schlachtviehfleisch mit Knochen oder 100 Gramm Schlachtviehfleisch ohne Knochen. B. Reichs-Fleischkarte. Auf Abschnitt 1 bis 8 der Vollkarte: 200 Gramm Schlachtviehfleisch mit Knochen oder 160 Gramm Schlachtviehfleisch ohne Knochen. Auf Abschnitt 1 bis 4 der Rinderkarte: 100 Gramm Schlachtviehfleisch mit Knochen oder 80 Gramm Schlachtviehfleisch ohne Knochen. In den durch Ausbauge kennlich gemachten Fleischverkaufsstellen darf außerdem entnommen werden: Auf Abschnitt 9 der Vollkarte 50 Gramm Blut- oder Leberwurst. Auf Abschnitt 1 bis 10 der Vollkarte 500 Gramm Wildpret. Auf Abschnitt 1 bis 5 der Rinderkarte 250 Gramm Wildpret. Ein Anspruch auf Ueber-

nahme von Wildpret besteht nicht. Tag und Zeit für den Verkauf auf Reichs- und städtische Fleischkarten werden nach bekanntgegeben.

Sportpark Treptow. Bei der Zusammenziehung des gestrigen Rennprogramms hat sich wohl die Direktion der Treptower Radrennbahn den Grundgedanken gemacht: wer vieles bietet, wird jedem etwas bieten. Fünf Dauerrennen über je 20 Kilometer, in denen jeder einzelne Fahrer annähernd 80 Kilometer zurückzulegen hat, deucht uns aber doch des Guten zu viel. Die Lösung der Schrittmacherfrage dagegen, durch Auflösung unter den Dauerrennen kurz vor Beginn der Rennen, ist unseres Erachtens eine durchaus lobenswerte Neuerung. Es wäre wünschenswert, daß sie zu einer dauernden Einrichtung wird. Der in rein sportlicher Hinsicht unleidliche Zustand, daß sich der bessere Fahrer, kraft seines für gewöhnlich volleren Geldbeutels, auch den besseren Schrittmacher verpflichten kann, wodurch der schwächere Fahrer von vornherein doppelt benachteiligt ist, wäre dadurch ein für alle mal aufgehoben. Die fünf Rennen selbst nahmen nicht den gewünschten einwandfreien Verlauf. Gleich im ersten Lauf streiften von den vier Führungsmaschinen nicht weniger als drei, was wohl auf die zurzeit schlechte Beschaffenheit des Materials zurückzuführen ist. Auch in den anderen vier Läufen waren die Fahrer durch Motor- und Raddefekte fast behindert.

Die Rittgerrennen boten recht interessante Momente. Im Zeitfahren über 600 Meter erwies sich Walter Rütt als der schnellste Fahrer. Das von den gleichen Fahrern bestrittene Malfahren über 900 Meter ergab aber dann einen kräftigen Außenseiterieg. Während setzte unerwartet zu einem kräftigen Spurt an, der ihm im Nu einen Vorsprung von einer halben Wahnunde eintrug, den Rütt und Lorenz nicht mehr aufzuholen vermochten. Ein Hauptfahren für Klasse 2 und ein Prämienfahren beschloßen das an Dauerrennen zu umfangreiche Programm.

Resultate. „Venientes“ - die Kommenden - 5 Läufe über je 20 Kilometer nach Punktwertung: 1. Lauf: 1. Lewanow 18 Min. 55 Sek., 2. Kuschkow 19:40, 3. Krupat 22:20 Meter, 4. Prayrembel weit zurück. - 2. Lauf: 1. Prayrembel 17 Min. 54 Sek., 2. Pawle 7:20, 3. Krupat 12:00, 4. Lewanow 24:40 Meter zurück. - 3. Lauf: 1. Lewanow 18 Min. 10 Sek., 2. Pawle 5:40, 3. Kuschkow 7:30 Meter zurück; Prayrembel aufgegeben. - 4. Lauf: 1. Krupat 18 Min. 2 Sek., 2. Pawle 6:50, 3. Kuschkow 9:00, 4. Prayrembel 15:00 Meter zurück. - 5. Lauf: 1. Lewanow 19 Min. 1 Sek., 2. Kuschkow 19:00, 3. Pawle 7:20, 4. Krupat 15:00 Meter zurück. Gesamtergebnis: 1. Lewanow 7, 2. Pawle 9, 3. Kuschkow 10, 4. Krupat 11 Punkte. - Zeitfahren über 600 Meter: Rütt 41 Sek., Lorenz 41:3 Sek., Sdrage 42 Sek., Behrendt 42:1 Sek., Sawall 43:2 Sek. - Malfahren über 900 Meter: 1. Behrendt 1 Min. 22 Sek., 2. Lorenz, 3. Rütt, 4. Sdrage. - Hauptfahren für Klasse 2 über 1200 Meter: 1. Abraham 1 Min. 56 Sek., 2. Nieberkron, 3. Dahn, 4. Müller. - Prämienfahren für Klasse 3 über 3600 Meter: 1. Dahnke 5 Min. 20 Sek., 2. Schulz, 3. Reinars, 4. Klatt.

## Aus aller Welt.

### Der Getreidehieberprozess in Posen.

Im Prozess gegen den Kaufmann Schimkat und Genossen in Posen, die wegen Getreidehiebungen angeklagt waren, wurde der Kaufmann Schimkat einschließlich einer bereits gegen ihn erkannten Strafe zu 7 Monaten Gefängnis und 17.700 M. Geldstrafe, der Mühlenbesitzer Theodor Galinski zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Die Verhandlungen gegen den Rittergutbesitzer Theophil Galinski wurden vertagt. Der Staatsanwalt hatte gegen Schimkat 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 21.300 M. Geldstrafe, gegen Theophil Galinski 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 23.450 M. Geldstrafe und gegen Theodor Galinski 8 Monate Gefängnis, 5 Jahr Ehrverlust und 252.600 M. Geldstrafe beantragt.

### Explosion in Wiener Munitionsmagazinen.

Wien, 17. Juni. Amlich. Explosion auf dem Steinfeld. In der Nacht vom 16. auf den 17. d. M. erfolgte in den militärischen Munitionsmagazinen am Steinfeld eine Explosion, der drei Magazine zum Opfer fielen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen beträgt die Zahl der Verletzten circa hundert. Von militärischer Seite sind noch in der Nacht ungesäumt alle notwendigen Maßnahmen zur Hilfeleistung eingeleitet und durchgeführt worden.

Sobald weitere Berichte über das Ereignis vorliegen, werden sie der Öffentlichkeit sofort mitgeteilt werden.

Der Kriegsminister hat sich mit den zur Hilfeleistung entsendeten Organen persönlich an die Unfallstelle begeben.

Wettersichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittag. Junerist trocken und vorwiegend heiter, am Tage sehr warm; später im Westen Zunahme der Bewölkung.

Sehr geehrte, I. Volitz: Dr. Franz Dieberich, Berlin-Telodenu; für d. übrigen Teil des Platzes: Alfred Scholz, Reudlin; für Untersee: Th. Gluck, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Admirals-Palast.**  
**AbraKadabra**  
großes phantastisches Ballett auf dem Eis.  
Angenehmer kühler Aufenthalt 7<sup>1/2</sup> Uhr. Vorzügl. Küche.

**Lombard-Haus**  
H. Graf, Leipzigerstr. 75 11  
Vollständige normale Bekleidung, Diskretion, Reellität, Gelegenheitskäufe, Ehren Brillanten Schmucksachen  
10-50% unter Ladenpreis

**Uhren - Goldwaren**  
Piltz & Co., Lindenstr. 109.

**Sektorkorken bis 25 Pfennig, Weinkorken 11**  
3<sup>1/2</sup> Pfennig sowie alle anderen Sorten gebraucht und neue Korken kauft  
**W. Nelke,**  
Berlin, Krausenstr. 75 (neben Kempinski)  
Steglitz, Bergstr. 2.  
9-12, 3-7.

**Zigaretten**  
direkt von der Fabrik zu Originalpreisen  
100 Zig. Kleinverkauf 1,8 Pfg. 1,50  
100 beide Sorten mit Hohlmundstück 2,30  
100 Zig. ohne M. Klein. 3 Pf. 2,50  
100 Golders. 3 2,60  
100 4,2 2,30  
100 Gold 6,2 4,50  
Versand nur gegen Nachnahme von 300 Stück an.

**Goldenes Haus Zigarettenfabrik**  
G. b. m. H.  
Berlin NW 7, Friedrichstr. 89.  
Fernspr. Zentrum 7437.

**Gegen unreines Blut**  
zum Ausschleiden aller Schärten aus den Nieren gibt es nichts Besseres als **Hypothetere Frauenstein's Re-novationspflaster**, ganz besonders bei Ausschlagen, Gesichtsbildern, roter Haut, Flechten, Blutanbrand u. Verstopfung. Berl. Sie Grabenpflaster von Apoth. Lauenstein's Versand, Spremberg (Lausitz) 44. 19511

**Spezial-Arzt**  
Dr. med. Hasche,  
Friedrichstr. 90  
direkt am Stadthausbof  
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid., (pez. Chron. Fälle. Uterin-Dato-Sturen, Schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsberatung, Blutuntersuchung, Wäg. Probe, Leitzahlung, Sprechstunden 10-11 und 5-8, Sonn. 11-1.  
**H. Pfau, Bandagist**  
Berlin Direksenstraße 20  
C., (zwischen Bahnhöf Alexanderplatz und Voltgeprädium. - Amt Kot. 32008. Für Damen Frauen-Bedienung. \*  
Spezialist für alle Krankheitsagen

**Gummi-Arbeiter**  
u. Arbeiterinnen für Autoben-Reparaturen (Wirtschaftler) gesucht. Weid. nachm. von 5-7 Uhr bei **Deutsche Industrie-Werke.**  
Ergolz, Berlin-Charl. 11, Rohrlitz, II.

**Waschpulver „Wasch-Weiß“**  
für die Wäsche.  
Verkaufspreis 1 Pfund-Paket 65 Pf.

**Waschpulver „Blütenweiß“**  
1/2 Pfund-Paket 60 Pf.  
Ohne Seifenkarte verkäuflich.

**Unentbehrlich im Haushalt u. jedem Betrieb.**  
Unter Kontrolle des vereid. Chemikers Dr. Wein, Berlin, Königgräber Straße 43, sowie des vereid. Chemikers Dr. Schulte und Dr. Amiel, Berl. des vereid. Chemikers Dr. A. Prager, Leipzig, des vereid. Chemikers Dr. Brauer, Kassel, des vereid. Chemikers Dr. G. Weig in Hamburg und andere mehr.  
Jast durch alle einschlägigen Geschäfte Groß-Berlins u. bezichen  
Alleiniger Fabrikant:  
**Emil Jacobi, Chem. Fabrik,**  
Berlin-Tempelhof, Ringbahnstraße 53/54.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Karl Reinhardt, 1802<sup>a</sup> Institute:  
Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr., Sprechst. 4, 12-2 u. 4, 6-7, 10 U. abds., Sonn. 11-1.  
Aufklärende 48 Seiten starke Broschüre 50 Pf., nach außerhalb 1 M. in verschlossenem Kuvert.

**Geleimte Dreher**  
sucht 50/9<sup>a</sup>  
Akt.-Ges., KrautstraÙe 52.  
**G. Kärgel,**

**Schmiede**  
auf Heeresarbeiten (Hufschmied und andere), Schirmmeister für einfache Arbeiten verlangt 1472  
**Alex. Herman G. m. b. H.,**  
Berlin-Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 10/11.

**Schmiede**  
auf Heeresarbeiten (Hufschmied und andere), Schirmmeister für einfache Arbeiten verlangt 1472  
**Alex. Herman G. m. b. H.,**  
Berlin, Banstr. 29.

**Maschinenarbeiter**  
für Holzbearbeitungsmaschinen, Arbeiter u. Arbeiterinnen  
heißt ein 45792<sup>a</sup>  
**Räderfabrik Emil Sawatzki,**  
Greifswalder Str. 140/141.

**Weibliches Hilfspersonal**  
für die Zigarettenindustrie wird eingestellt. 1992<sup>a</sup>  
**Zigarettenfabrik Garbáty**  
Pantow, Hadlichstraße.

**Schlosser**  
verlangt 1472  
**Alex. Herman G. m. b. H.,**  
Berlin-Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 10/11.

**Dreher, Gleich-Schlosser, Hilfsarbeiter**  
sucht  
Maschinenfabrik für Licht- und Förderanlagen G. m. b. H.,  
Teltow, Ruhldorfer Straße.

**Montageschlosser**  
**Montagearbeiter**  
gesucht.

Su melden beim **Monteur**  
Sodoma der 276/12<sup>a</sup>  
**Steffens & Nölle A.-G.**  
Bauwerke C. Lorenz A.-G.  
Berlin-Tempelhof, Lorenzweg.

**Fahrpersonal**  
und Stallente  
sucht Schultheiß-Frauerel, Lichterfelde Straße 11/17. 51/14<sup>a</sup>